

II-2951 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1490/J

1977 -11- 30

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. LANNER, Dr. BUSEK, STEINBAUER
und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend mangelnde Vorsorge für die Terrorbekämpfung
in Österreich

Die jüngsten Festnahmen mutmaßlicher Täter im Zusammenhang mit der Entführungsaffaire Palmers haben auch der breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, daß die deutschen Baader-Meinhof-Terrorgruppen in Österreich eine aktive Anhängerschaft haben.

Schon die Vorfälle um die Geiselnahme in Marchegg/Schwechat am 28./29. September 1973 haben in verhängnisvoller Weise gezeigt, daß die Bedrohung durch den internationalen Terror nicht ernst genug genommen wurde und keine genügenden Sicherheitsvorkehrungen getroffen waren. Ebenso verhängnisvoll war die Fehleinschätzung der Sicherheitsgefährdung der OPEC-Ministerkonferenz im Dezember 1975; in der Parlamentsdebatte über das Attentat auf die Ministerkonferenz am 27.1.1976 mußte der Innenminister zugeben, "daß es sich um eine falsche Einschätzung der tatsächlichen Situation bei der OPEC gehandelt hat" und das Attentat unter Umständen zu verhindern gewesen wäre. Der Überfall auf ein Bankgebäude im 1. Wiener Bezirk im Dezember 1976, an dem auch die deutsche Terroristin Waltraud Boock beteiligt war, hat gezeigt, daß Österreich offenkundig zum Schauplatz deutscher Terrorgruppen geworden ist.

Angesichts dieser Kette von terroristischen Vorfällen wurden von den verantwortlichen Stellen keine ausreichenden Vorkehrungen für eine energische Terrorbekämpfung, die dem kriminellen Antrieb und der schlagkräftigen Organisation dieser Gruppen gerecht wird, getroffen. Trotz gegenteiliger Beteuerungen und Beschwichtigungsversuchen seitens der Regierung wird die gezielte Verbrechensbekämpfung in Österreich vor allem durch folgende Mängel in der Sicherheitspolitik behindert:

- Mangelnde Ausrüstung der Sicherheitsorgane (vor allem mit technischem Gerät - Fahrzeuge, Funkgeräte, erkennungsdienstliche Methoden);
- Mangelnde Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Justizbehörden;
- Mangelnde Ausstattung des Wiener Sicherheitsbüros - dem eine Schlüsselstellung in der Verbrechensbekämpfung zukommt - mit personellen und technischen Hilfsmitteln sowie Mängel in der Organisation;
- Trotz der genannten Serie von Terrorüberfällen ist das Gendarmerie-Begleitkommando noch immer nicht entsprechend ausgebaut und technisch ausgerüstet.

Daß das Problem des Terrorismus von den verantwortlichen Stellen in Österreich zu wenig ernst genommen wird, zeigt sich auch an der Tatsache, daß weder im Sicherheitsbericht 1975 noch in dem aus 1976 das Problem des Terrorismus als ein eigenständiges kriminelles Phänomen erfaßt bzw. erörtert wird. Justiz- und Innenminister sind offensichtlich vollauf damit beschäftigt, die Sicherheitsproblematik herunterzuspielen und die Bevölkerung zu beschwichtigen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

- 1) Stimmen Meldungen, wonach im Zusammenhang mit der Fahndung nach den Palmers-Entführern gravierende Mängel in der Ausrüstung der Sicherheitsbehörden zu Tage getreten sind und welche Maßnahmen haben Sie getroffen, um diese Mängel zu beheben?
- 2) Stimmen Meldungen einer Wochenzeitung, wonach die Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der Fahndung nach den Palmers-Entführern entscheidende Hinweise eines Wiener Autoverleihers auf verdächtige Vorkommnisse erst nach Wochen aufgegriffen haben?
- 3) Was hat Sie dazu bewogen, unmittelbar nach der Festnahme mutmaßlicher Palmers-Entführer eine Pressekonferenz zu veranstalten, obwohl Sie gleichzeitig an die Schweizer Sicherheitsbehörden, denen diese Festnahme zu verdanken ist, das Ersuchen gerichtet hatten, gegenüber der Öffentlichkeit keine Mitteilung über diese Festnahme zu machen?
- 4) Waren Sie sich bei Abhaltung dieser Pressekonferenz der Tatsache bewußt, daß Sie durch die frühzeitige Veröffentlichung der Festnahmen möglicherweise die weitere Fahndung nach Terror-Aktivisten erschwert haben bzw. den mutmaßlichen Drahtziehern und sonstigen Mitläufern die Möglichkeit gegeben haben, sich frühzeitig einer Festnahme zu entziehen?
- 5) Wie ist es zu erklären, daß erst jetzt zwei Jahre nach dem OPEC-Attentat in Wien der Ausbau des Gendarmerie-Begleitkommandos zu einer ständig

einsatzbereiten Terrorbekämpfungseinheit in Angriff genommen wird?

- 6) Stimmen Meldungen, wonach die Redaktion der aus Steuergeldern geförderten Zeitschrift "Neues Forum" Treffpunkt von Aktivisten und Sympathisanten der Terrorszene ist und waren bzw. sind diese Vorgänge Gegenstand sicherheitspolizeilicher Erhebungen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichneten Gelegenheit zur Begründung zu geben.